



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

23. November 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

die Nachrichten über mögliche Anschläge von Terroristen in Deutschland reißen nicht mehr ab. In Berlin und vor allem rund um den Bundestag merkt man das gerade jeden Tag auf dem Weg ins Büro: Seit gestern ist die Kuppel geschlossen und das Regierungsviertel abgesperrt. Es ist sicherlich notwendig, nach den Meldungen vom Wochenende etwas zu tun. Vorschläge wie von der LINKEN, die Bundestagsdebatten deshalb zu vertagen, halte ich allerdings für völlig daneben. Der Innenminister hat es richtig gesagt: Wir müssen aufmerksam sein und auch etwas besorgt, es gibt aber keinen Anlass zur Hysterie!

Nachdem der Koalitionsausschuss vergangene Woche keine Ergebnisse gebracht hat und wieder einmal gezeigt hat, dass diese Regierung immer noch nicht regiert, gab es wenigstens eine gute Nachricht: Die Gewerbesteuer für die Kommunen bleibt erhalten! Für mich ist diese Meldung nicht verwunderlich. Alle Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission bestätigen, was bereits in früheren Kommissionen festgestellt wurde: Die Gewerbesteuer ist die wichtigste eigene sowie wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle der Städte und Gemeinden und deshalb unverzichtbar.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries

Mein Surf-Tipp

www.Für-Kinderrechte.de

1989 haben die Vereinten Nationen die UN-Kinderrechtskonvention beschlossen, drei Jahre später hat Deutschland die Konvention ratifiziert. In 54 Artikeln werden allen Kindern Rechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung zugesagt.

Ziel ist es auch, die Rechte der Kinder bei Jung und Alt bekannt(er) zu machen. Die heute gestartete Seite www.Für-Kinderechte.de erklärt interaktiv, was sich hinter der UN-Konvention verbirgt und bietet zahlreiche Mitmach-Möglichkeiten - sie fördert Medienkompetenz und stärkt die Demokratie - einfach mal reinklicken!



Mitmachen - Abstimmen

Ort im „Land der Ideen“ gesucht!

Bereits zum 6. Mal werden 2011 zukunftsweisende Projekte aus ganz Deutschland als „365 Orte im Land der Ideen“ ausgezeichnet. Aus Darmstadt sind bereits die Gesellschaft für Schwerionenforschung und das Darmstadtium ausgewählte Orte. Damit wir auch 2011 gut vertreten sind, würde ich mich freuen, wenn sich viele Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Kulturförderer, Vereine und gemeinnützige Organisationen bewerben. **Noch bis zum 5. Dezember ist dies unter www.land-der-ideen.de möglich.**

Erstmals wird 2011 über eine interaktive **Mitmach-Plattform ein Publikums-Sieger per online-Abstimmung** gewählt.

Haushalt 2011: Trickereien und falsche Schwerpunkte

Wir beraten in dieser Woche den Haushalt für das kommende Jahr - es ist der erste Haushalt seit 1998, **der keine sozialdemokratische Handschrift mehr trägt. Und wirft man einen Blick in das vorgelegte Zahlenwerk, so merkt man dies (leider) auch an sehr vielen Stellen!**

Mit komplizierten und undurchsichtigen „Umbuchungen“ von Geldern, z.B. durch einen Griff in den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit beim Insolvenzgeld, gibt der Finanzminister vor, die Neuverschuldung erheblich zu senken. Auch bei der rechnerischen Grundlage für die ab dem kommenden Jahr geltende Schuldenbremse und dem entsprechenden Niveau, von dem ab in den nächsten Jahren wie auf einer Treppe gespart werden muss, wird ganz offensichtlich getrickst.

Mit den verschiedenen Einzelentscheidungen zementiert **der Haushalt 2011 die von Schwarz-Gelb betriebene Spaltung der Gesellschaft:** Die größten Lasten tragen Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern und normale Arbeitnehmer. Ich will nur einige Beispiele nennen:

Beschlossen wurden **dramatische Einschnitte bei den Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt, die sich insbesondere auch in Hessen massiv auswirken** - und zwar bei den Schwächsten in der Gesellschaft: den Alleinerziehenden mit ihren Kindern, jüngeren und älteren Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Handicap und Migrantinnen und Migranten. **Bis 2014 belaufen sich die Einsparungen im Sozialbereich allein in Hessen auf über 886 Millionen Euro!**

Außerdem gestrichen werden das Recht, einen Schulabschluss nachzuholen, das Elterngeld für Langzeitarbeitslose, der Rentenversicherungsbeitrag für Langzeitarbeitslose, wodurch vor allem auf lange Sicht das Risiko für die Kommunen gesteigert wird, bei Altersarmut einzuspringen und - **was ich persönlich für verheerend halte: Ein Großteil der Mittel für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“.** Mein Marburger Kollege Sören Bartol hat es heute bei der Debatte auf den Punkt gebracht: **Dies ist der Tod auf Raten für die „Soziale Stadt“.** Dabei werden nicht nur massiv die Mittel zusammengestrichen, es wird auch der Charakter des Programms verändert: In Zukunft sollen nur noch rein bauliche Maßnahmen gefördert werden! Die Modellversuche, mit denen seit 2006 in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ Spracherwerb, Freizeit- und Bildungsangebote und die lokale Ökonomie unterstützt



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel](#)/Sebastian Drolshagen (S. 2)
[aboutpixel](#)/Tina Stolle (S. 3)

- Fortsetzung: Haushalt 2011 -

werden, streicht die Regierung - dies ist keine in die Zukunft gerichtete Politik! Und dabei hat die Regierung auf eine parlamentarische Anfrage noch im Juni geantwortet: „Im Ergebnis auch der unabhängigen Zwischenevaluierung hat sich der integrierte Ansatz des Programms Soziale Stadt bewährt.“

All diese Schritte sind unsozial und schädlich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Im kommenden Jahr werden wir von den Kürzungen bereits einen „schlechten“ Vorgeschmack bekommen - **die tatsächlichen Auswirkungen der heutigen Entscheidung werden wir aber erst in ein, zwei, drei Jahren richtig spüren.** Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes macht nämlich schon heute sichtbar: Sozialkürzungen bleiben auch weiterhin auf der Tagesordnung der Bundesregierung!

Dass Reden und Handeln der Regierung weit auseinander liegen, zeigt der Haushalt 2011 auch an anderer Stelle, beim Klimaschutz: Im Bereich der Erneuerbaren Energien wurden massive Einschnitte durchgesetzt. So stehen für die Förderung effizienter Wärmepumpen, Solarkollektoranlagen oder Pelletöfen **in 2011 insgesamt 68 Millionen Euro weniger für das Marktanreizprogramm (MAP)** zur Verfügung. Noch beim Kopenhagener Klimagipfel hatte die Kanzlerin für 2010 bis 2012 zusätzliche 420 Millionen Euro jährlich für den internationalen Klimaschutz zugesagt. Schon 2010 blieb Schwarz-Gelb mit nur 35 Millionen Euro im Umwelt- und Entwicklungshaushalt weit dahinter zurück. Jetzt sind diese Titel komplett gestrichen!

Die **SPD-Fraktion hat** in den abschließenden Beratungen des Haushaltsausschusses - sozusagen auf den letzten Metern - **in anderen Bereichen Kürzungen verhindern können:** So hat die Koalition **beim Denkmalschutzprogramm, bei den geplanten Stellenkürzungen beim THW und bei den Middleinsparungen beim Goethe-Institut** einen Rückzieher gemacht und ist auf unsere Linie eingeschwenkt - aus guten Gründen!

Einen **ganz persönlichen Erfolg habe ich für das Deutsche Polen Institut (DPI) in Darmstadt erzielt:** Das DPI ist ab 2011 nicht zuletzt Dank meines Einsatzes gegenüber dem Auswärtigen Amt (AA) mit 80.000 Euro in die institutionelle Förderung des AA aufgenommen - damit ist die Existenz des Instituts langfristig gesichert!